

Veranschauligungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2509-2507

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Völkerbundtagung.

Heute Eröffnung.

Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Briand und Chamberlain sind Dienstag in Genf angekommen. Die Eröffnungssitzung des Rates beginnt Mittwoch um 11 Uhr vormittag. Man rechnet allgemein mit einem 14tägigen Aufenthalt Chamberlains in Genf. Eine Sonderkonferenz der baltischen Staaten tagt am 15. September d. J. in Genf. An dieser nehmen Finnland, Lettland, Estland und Polen teil, während Litauen die Teilnahme ablehnte. Diese Ablehnung wird die Bildung des Baltischen Blocks gegen Deutschland und Rußland, die Polen erstrebt hatte, verhindern. Ob Tschitscherin kommt oder einen „Beobachter“ schickt, ist noch ungewiß. Beneß wird einen Sicherheitspakt für die Kleine Entente betreiben.

Genf, 2. September. (W.F.B.) Die 35. Ratstagung wurde heute vormittag vom französischen Außenminister Briand ohne jeden Hinweis auf die Wichtigkeit gewisser Punkte der Tagesordnung — wie die Ruffrage, die Danziger Frage und die Sanierungsarbeiten betr. Deutschösterreich und Ungarn — eröffnet. Wichtige Vorgesprächen der Delegationsführer haben dazu geführt, daß die Ruffrage nicht bereits auf die Tagesordnung der ersten Sitzung gesetzt wird. Der Rat genehmigte debattelos und in rascher Folge die Berichte über die Vorarbeiten zur Schaffung einer internationalen Versicherung bei elementaren Naturkatastrophen. Ueber die Entsendung einer Untersuchungskommission in gewisse Opium fabrizierende Länder und über die Maßnahmen zur Abschaffung der Sklaverei, die Frage der griechischen Minderheiten in Konstantinopel wurde auf Antrag des Berichterstatters Sibil-Japan auf die nächste Session im kommenden Dezember vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag.

Pariser Vorbetrachtungen.

Paris, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Der 6. Völkerbundversammlung widmen die Blätter Vorbetrachtungen. Die Zeit

Eine Milliarde Reparationsleistung. 200 Millionen von der Reichsbahn.

Wie der Generalagent für Reparationszahlungen mitteilt, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft am 31. August 1925 noch fällige Zinsen ihrer Reparations-Obligationen gezahlt. Damit sind die von Deutschland im ersten, am 1. September 1924 begonnenen Geschäftsjahr des Sachverständigen-Planes zu leistenden Zahlungen vollständig bewirkt. Diese Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 1 Milliarde Goldmark, wovon 800 Millionen dem Ertrage der im Herbst v. J. aufgelegten deutschen Auslandsanleihe entnommen wurden. Die restlichen 200 Millionen wurden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Zinszahlungen für die auf Grund des Sachverständigen-Planes zu Reparationszwecken begebenen Obligationen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark geleistet.

Die Schlacht in Marokko.

Amerikanische Flieger im französischen Heer.

Paris, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Das heftige Bombardement gegen die Verteidigungsanlagen der Ristruppen in der Bucht von Alhucemas ist am Dienstag fortgesetzt worden. Nach gründlicher Artillerievorbereitung sollte am Dienstag ein Landungsversuch unternommen werden. Da jedoch die Ristleute Alhucemas in außerordentlich starken Verteidigungszustand versetzt haben, so daß jeder Landungsversuch an diesem Punkte große Schwierigkeiten bereiten würde, beabsichtigen die Spanier, bei Sidris, 15 Kilometer östlich von Alhucemas, zu landen, von wo Sidris leicht zu erreichen ist.

An der Front von Melilla haben die Spanier starke Angriffe begonnen. Es scheint jedoch bis jetzt, daß es den Ristruppen durch herbeigeschaffte Verstärkungen gelungen ist, die bedrohten Punkte zu halten.

An der französischen Front haben am Montag zum ersten Male freiwillige amerikanische Flieger in französischem Dienst größere Aufklärungsflüge unternommen. Abd el Krim sucht den Aufmarsch der französischen Truppen durch andauernde Ueberfälle zu stören; er soll seinen Kriegsschach nach dem Gebirge gebracht haben.

Der chinesische Loffow.

General Wupeifu macht sich selbständig.

Peking, 2. September. (W.F.B.) General Wupeifu hat durch einen Erlass die seiner Autorität unterstehenden Provinzen für unabhängig erklärt.

England stellt die Kantonregierung auf die Probe.

London, 2. September. (E.B.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong hat die Regierung von Kanton die militärischen Befehlshaber angewiesen, dazu beizutragen, die wirtschaftliche Trennung Kantons von Hongkong durchzuführen. Der englische Dampfer „Hanan“ wird am Donnerstag nach Kanton fahren. Diese Fahrt wird wahrscheinlich über die Haltung der Kantonregierung in der Frage des britischen Schiffsahrtspolits Aufschluß geben. Die Deutschen in Kanton, die bisher besonderen Schutz genossen, beginnen nunmehr, die Stadt zu verlassen, angeblich, weil sie sich vor britischen Repressalien gegen Kanton fürchten.

„Daily Express“ meldet aus Shanghai, daß der Bischof Mow, seine Frau und sechs andere Missionare, die während eines Ausfluges

sei vorbei, schreibt die linksstehende „Ere Nouvelle“, wo man die Genfer Versammlung als eine Zugzwangsorganisation betrachtet habe. Der Völkerbund sei nach und nach in die Gewohnheit der modernen Völker eingetreten. Im vergangenen Jahre habe Herriot vermocht, der Sache Frankreichs einen großen Dienst zu erweisen, indem er deren Rechtmäßigkeit dargelegt habe. Jetzt werde Poincaré der Welt sagen, was Frankreich zur Verteidigung seiner heiligen Rechte verlange. Er werde im rechten Lichte das Problem der Sicherheit zeigen, das für Frankreich eine Lebensfrage sei. Der Völkerbund, weit davon entfernt, die Stimme Frankreichs zu ersticken, werde sie verstärken und durch die ganze Welt tragen. (Das alles ist die Auffassung des Völkerbundes als Interessenvertretung Frankreichs. Red.)

Der „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß die vorläufige Tätigkeit der französischen Delegation und ihre Mitarbeit am Genfer Protokoll die Stimmen habe verstummen lassen, die Frankreich des Militarismus und des Imperialismus beschuldigten. Das Richtzustandekommen des Genfer Protokolls habe die Stellung Frankreichs im Völkerbund nicht erschüttert. Man gebe sich darüber Rechenschaft, daß dies nicht die Schuld Frankreichs gewesen sei, im Gegenteil, man lobe seine Bereitwilligkeit und seinen guten Willen, denn man wisse, daß es auf seine Vorteile verzichtet habe, um das Wesentlichste: das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die Feststellung des Angreifers und die Stärkung der internationalen Solidarität zu retten.

Zahlungswillige Goldfrankbezieher.

Genf, 2. September. (W.F.B.) Zwischen der Schweiz und dem Völkerbund schweben seit langem Verhandlungen wegen der Steuer- und Zollfreiheit der Beamten des Völkerbundes und der Völkerbundsdelegierten. Nach „Journal de Genève“ beabsichtigt nunmehr der Generalsekretär des Völkerbundes, sich wegen einer authentischen Auslegung der betreffenden Bestimmungen des Völkerbundsstatutes an die diesjährige Völkerbundsversammlung zu wenden.

ins Gebirge von Räubern entführt worden waren, nach Zwölftägiger Gefangenschaft jetzt freigelassen wurden und in ihre Heimatstätte zurückgekehrt sind.

Der Maslow-Prozess.

(B.S.) Leipzig, 2. September.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurde die Mitwirkung der einzelnen Angeklagten an den Ausschüssen der R.P.D. an Hand vieler Verhörsprotokolle eingehend geprüft. Maslow suchte in langen Erörterungen darzutun, daß seine Artikel in der kommunistischen Presse nur akademische Erörterungen der jeweiligen politischen oder wirtschaftlichen Lage gewesen seien, daß sie aber nicht als Vorbereitungen zum Hochverrat aufgeföhrt werden könnten. Der Präsident verlas auch eine Reihe von Flugzetteln und Aufrufen Maslows, in denen das Gericht verstedte Aufrufe zum Kampf erblickte. Eine lange Debatte entspann sich dann um das in fast allen Artikeln Maslows auftauchende Wort „Kampf“. Der Anklagevertreter erblickte in diesem Wort die mehr oder minder verstedte Aufforderung zu Gewalttaten, während Maslow sich auf den Standpunkt stellte, daß das Wort Kampf in der Arbeiterbewegung durchaus nicht stets den Sinn einer Gewalttat besitze, sondern daß eine erhöhte politische Tätigkeit, ein Streit um, durchweg unter dem Begriff „Kampf“ falle. Grylewicz, Schumacher und Schlecht suchten sich nach Möglichkeit zu entlasten und erklärten, daß die von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg herausgegebenen, von der Anklage inkriminierten aufreizenden Flugblätter nicht von ihnen selbst stammten, sondern von der Zentrale der Partei, die das Flugblattmaterial den Bezirken zur Verfügung gestellt habe. Ein heftiger Streit zwischen dem Angeklagten Maslow und dem Gericht entspann sich auch um das Wort „Kampagne“. Der Vertreter der Anklage erblickte hierin den Feldzug, also den Kampf, während Maslow darin eine Bewegung erblickt. Man spreche im Augenblick auch von einer Kampagne der Zeppelinwerk, ohne darin eine Kampfform zu erblicken.

Das Gericht beschloß sich dann eingehend mit der Einrichtung des Kurierdienstes, den die R.P.D. 1923 geschaffen hatte und dessen Leiter der Angeklagte Grylewicz war. Grylewicz schiederte, daß er als Mitglied des Organisationskomitees die Organisation des Kurierdienstes nur geschaffen habe, um bei einem Streik die Möglichkeit der Verständigung zwischen Berlin und der Provinz aufrechtzuerhalten. Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, daß der Kurierdienst für den vorbereiteten Aufruch eingegründet war, während die Angeklagten dies bestritten. Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Putsch der R.P.D., der am 23. Oktober 1923 beginnen sollte, wurden dann auch Vorschläge des Angeklagten Grylewicz verlesen, die sich auf eine Regelung der Arbeitslosenfürsorge nach Uebernahme der Macht durch die R.P.D. bezogen. In gleichem Zusammenhang wurden auch die Aufgaben des Betriebsrätekongresses erörtert, der damals trotz des Verbotes des Ministers Seevering zusammentrat. Der Angeklagte Maslow behauptete, daß die Betriebsräte lediglich die Aufgabe gehabt hätten, eine Lösung der damals sich häufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen. Ein Beweis dafür sei, daß an der Geheimtagung der Betriebsräte auch Sozialdemokraten und sogar ein Mitglied der Deutschen Volkspartei teilgenommen habe. Ueber den Generalkrieg 1923 vor dem Rücktritt der Regierung Cuno verbreitete sich der Angeklagte Schlecht: „Wir Proleten wollen keineswegs die Regierung Cuno mit dem Knüttel aus dem Bau herausbauen. Es genügt auch der bloße Generalkrieg, um Cuno zum Abtreten zu zwingen. In die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung dachten wir nicht.“

Dort: Sie haben aber einen Aufruf unterzeichnet, der dieses Ziel erstrebt. H. W. Dr. Rosenfeld: Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Aufruf auch von einem gewissen Eißler unterzeichnet ist, gegen den sonderbarerweise kein Verfahren wegen dieses Deliktes eingeleitet ist. Ich ziehe daraus den Schluß, daß die Reichsanwaltschaft nicht objektiv vorgeht.

Neue alte Töne.

Die Kommunisten sollen von vorne anfangen.

Der Armeebefehl der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die Kommunistische Partei Deutschlands beginnt seine Wirkungen in der Kommunistischen Partei hervorzurufen. Zunächst läuft alles durcheinander wie in einem Ameisenhaufen. Die Leute in der Kommunistischen Partei, deren Beruf es ist, Richtungen zu machen und Richtungen abzujagen, Parolen zu schmieden und Kursänderungen vorzunehmen, sind entzückt. Jetzt gibt es doch wieder etwas zu tun. Man braucht sich nicht um so gewöhnliche Fragen, wie parlamentarische Auseinandersetzungen mit der Reaktion und dem Unternehmertum, Lohnkämpfe der Arbeiterschaft, gewerkschaftliche Kleinarbeit, zu kümmern. Man kann mit geschwollenen Phrasen über Weltpolitik und Weltrevolution, gestützt auf weisheitsvolle „Analysen“ in den Organisationen herumstänkern und Pöfchen ergattern, man kann im Lande umherreisen und den besonderen Vertrauensmann der in den Wolken thronenden Exekutive spielen. Ja, es ist wieder eine Lust zu leben. Solange das schöne Gesellschaftsspiel: „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ betrieben wird, kommt man sich ungeheuer wichtig vor. Was heißt da Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung, das sind wir, die im Lande umherreisen und den gemeinen Plebs der Parteiangehöriger beibringen, was sie neuerdings wieder einmal für unfehlbare Weisheit zu halten haben.

Daß die kommunistischen Parteiangehörigen bei diesem schönen Gesellschaftsspiel nicht kopfscheu werden, dafür sorgt die neue Redaktion der „Roten Fahne“ mit Deklamationen über die Kraft der Kommunistischen Partei. Heute morgen erzählt sie den Lesern der „Roten Fahne“:

„Daß es den Sozialdemokraten nicht gelingt, unseren Vormarsch aufhalten zu können, dafür sorgt schon die gesamte politische Entwicklung, in der wir uns befinden.“

Ein seiner Trost. Natürlich, wenn die prominentesten linken Führer der Kommunistischen Partei nach dem Zeugnis der kommunistischen Exekutive nicht dafür gesorgt haben, daß die Kommunistische Partei vormarschieren konnte, dann bleibt schließlich nichts anderes als der fatalistische Glaube an eine politische Entwicklung, die den Kommunisten alles das beschert, was die kommunistische Politik nicht zustande gebracht hat. Aber mit „unserem Vormarsch“, dem Vormarsch der Kommunistischen Partei, ist das so eine Sache. Gestern lasen wir doch im Brief der Exekutive folgende Sätze über das Wesen dieses Vormarsches:

„Bei einer keineswegs schlechten Allgemeintage bleibt die Zahl der Parteimitglieder bestenfalls stabil; erster Rückgang in den Gewerkschaften; starke Verluste bei den politischen Wohnen; ungenügende Entwicklung der Werbekraft der Partei.“

„So verstärkten sich die schweren Verluste, die unsere Partei im letzten Jahre auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit erlitt. Während die Opposition auf dem letzten W.D.B.-Kongreß 1922 88 Delegierte zählte, ist sie auf dem diesjährigen Kongreß nur durch zwei Delegierte vertreten. Wir haben eine Reihe von Zahlstellen und Ortsartellen verloren. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch und vor allem organisatorisch ist unser Einfluß auf die mehr als 80 Proz. parteilosen Mitglieder der deutschen freien Gewerkschaften aufs stärkste zurückgegangen.“

Das nennt die „Rote Fahne“ „unseren Vormarsch“ und die „Kraft der Partei“.

Die organisatorischen Auswirkungen des Exekutivebefehls haben begonnen. Eine Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der Kommunistischen Partei hat stattgefunden. Sie hat sich dem Befehl von Moskau läßlich unterworfen und veröffentlicht eine Resolution, in der die bisherige Parteiführung Maslow-Ruth Fischer glatt fallen gelassen wird. Selbstverständlich hat sich diese Konferenz als Ausdruck der Parteitelken gegen die nach rechts abgewichene Führung geföhlt. Aber das ist nur ein Spiel mit Worten. Wenn die Moskauer Exekutive eine Führergarnitur abfährt, dann ist diese Garnitur immer rechts und die treuen Befolgsleute der Exekutive sind immer links. Diese Bezeichnung schmeichelt ihnen und macht sie Moskauer Befehlen gefügiger.

Diese neu eingesetzte und neu benannte Linke erklärt, daß sie befehlsgemäß die organisatorische und politische Umstellung vornehmen werde. Zunächst die organisatorische Umstellung, die durch drei Schlagworte gekennzeichnet wird. Erstens: Normalisierung des Parteilebens. Wenn man von der besonderen Form der kommunistischen Organisation absieht, bedeutet das das Zurückgehen auf die großen Erfahrungen sozialdemokratischer Organisationsarbeit. Zweitens: Innere Parteidemokratie. Damit ist es in der Kommunistischen Partei eine eigene Sache. Der erste Ausdruck dieser inneren Parteidemokratie ist es jedenfalls, daß eine Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure, also der Oberhonzon, um im kommunistischen Jargon zu reden, die Beschlüsse des kommunistischen Reichsparteitages annulliert, der erst vor wenigen Wochen stattgefunden hat, und von dem die kommunistische Presse rühmend hervorhob, daß er ausschließlich aus gewählten Arbeiterdelegierten bestanden habe. Drittens: Ausnutzung der ehemaligen Opposition: Das funktioniert bereits, nachdem Herr Dr. Ernst Meyer die Chefredaktion der „Roten Fahne“ übernommen hat.

Im Organisatorischen bedeutet die Umstellung nach allem eine Rückkehr zu den Organisationsgrundsätzen der Kommunistischen Partei, die Ende 1920 und Anfang 1921

in Geltung war. Daselbe gilt für die politische Umstellung — trotz aller Deklamationen der Exekutive über den linken Charakter dieser Umstellung. Die deutsche kommunistische Partei soll noch einmal von vorne anfangen. Der Punkt, auf den sie zurückgehen soll, wird in dem Brief der Exekutive wie in der Resolution der Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der kommunistischen Partei sehr scharf bezeichnet. Es ist eine Rückkehr zu den Grundsätzen des dritten Weltkongresses. Die Geschichte der kommunistischen Partei, die zwischen diesem Punkt und heute liegt — der Austritt der Levi-Gruppe, die Uebernahme der Parteiführung durch Brandler-Kabel, der Sieg der Linken, geführt von Berlin und Hamburg, über den Brandlerismus, die Diktatur der Gruppe Maslow-Kuhfischer — alles das wird ausgetrieben. Es geht wieder von vorne los. Die alte Parole, die in der kommunistischen Partei immer dann auftaucht, wenn die Führer in ihres Nichts durchbohrenden Gefühle in ohnmächtiger Wut erkennen, daß die sozialdemokratische Massenpartei des Proletariats nicht zu zerstören ist, wird wieder lebendig. Man ruft wieder: Man an die Massen. Man an die Massen, so klingt es aus dem Briefe der Exekutive, und in der Resolution der Konferenz der kommunistischen Parteibureausratoren heißt es:

„Konzentration aller Parteikräfte, aller leitenden Parteiorgane, aller Mitglieder, bis auf das letzte, auf die Gewerkschaftsarbeit. Nicht nur Wiedereintritt jedes einzelnen Kommunisten in die reformistischen Verbände, sondern intensivste praktische Arbeit in ihnen, angefangen von der zähen Kleinarbeit bis zu den größten politischen Schritten. Geduldiger, großzügiger, organisierter Kampf für die Schaffung des linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung, der weit über die Reihen der SPD. hinausgeht und möglichst große Massen umfaßt.“

Das ist die Parole der „Einheitsfront“ und des „Offenen Briefes“ von Anfang 1921, die Wiederaufnahme des Versuches, durch geheuchelte Sympathie und geheuchelte Zusammenarbeit Verwirrung in die Köpfe der sozialdemokratischen Arbeiter zu tragen.

Die Begründungen, die damals für diese Politik gegeben wurden, decken sich fast wörtlich mit den folgenden Sätzen aus dem Brief der Exekutive vom 1. September 1925:

„Alles kommt darauf an, daß die Partei ihre Werbekraft in größerem Maße steigert. Sie muß den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formen, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden. . . . Man muß nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu unterscheiden verstehen zwischen den konterrevolutionären sozialdemokratischen Führern und der breiten Masse der sozialdemokratischen Arbeiter.“

Es ist notwendig, auf die Geschichte der kommunistischen Partei zurückzugehen, um den sozialdemokratischen wie den kommunistischen Arbeitern ganz klar zu zeigen, was die Exekutive der kommunistischen Internationale ihnen gegenüber beabsichtigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß ein bössartiger Versuch unternommen werden soll, mit List und Heuchelei Verwirrung in ihre Reihen zu tragen. Sie kennen diese Methoden zur Genüge, und sie werden dem Versuch, sie wieder aufzutreiben, mit Hohnlachen begegnen und mit dem Gefühl der Sicherheit, das ihnen das Bewußtsein verleiht, daß ihr politischer Kampf zweckmäßig und richtig war, während die politischen Unternehmungen der Kommunisten zum Bankrott der eigenen Partei geführt haben.

Die kommunistischen Arbeiter aber mögen aus dieser geschichtlichen Erinnerung erkennen, daß sie jetzt von vorn anfangen sollen. Die neuen Töne, die ihnen befohlen werden, sind in Wahrheit alte Töne.

Sie mögen aber, wenn sie sich an die Geschichte ihrer Partei erinnern, auch bedenken, was auf die Töne von 1921 folgte. Die Politik des „Offenen Briefes“ von 1921 galt der Exekutive der kommunistischen Internationale als Ketzerei, als

„rechtes“ Verrätertum. Um dies neuen alten Töne willen erklärte damals Rabel im Namen der kommunistischen Exekutive, daß die Exekutive das Schwert gegen diese rechte Ketzerei ziehen werde. Die neuen alten Töne waren der Anlaß zu der Krise der kommunistischen Partei von 1921. Und nun geht es wieder von vorn los. Die neuen alten Töne werden der Exekutive der kommunistischen Internationale heute so wenig Erfolg bringen, wie sie damals Erfolg brachten. Dann wird das liebliche Spiel von vorn beginnen. Die Führer, die mit den neuen alten Tönen hausieren gehen, werden Bankrott machen. Man wird auch sie abfassen und dann wird das ganze Register der taktischen Manöver, die die kommunistische Partei in den letzten vier Jahren durchgemacht hat, wieder durchlaufen werden.

Von vorne nach hinten und von hinten nach vorne. Die Kommunisten werden wieder diskutieren und Parolen schmieden, Aktionen machen und „Offene Briefe“ schreiben. Derweilen aber wird der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter und der sozialdemokratischen Partei um die großen politischen und sozialen Ziele der deutschen Arbeiterbewegung weitergehen. Die kommunistische Partei wird neben dem Kampfe der sozialdemokratischen Arbeiter herlaufen wie der klaffende Spitz.

Die kommunistischen Arbeiter sollten sich ernstlich fragen: Und dazu eine die Arbeiterbewegung zersplitternde kommunistische Partei?

Schweizer Kommunistenschwund.

Es geht bergab.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß es mit den Schweizer Kommunisten rapide bergab geht. Wenn sie noch 1921 bei der Spaltung mit den Sozialisten rund 8000 Mitglieder aus der alten Partei mit hinübernehmen konnten, so ist heute der Stand ihrer Mitglieder auf kaum 1000 zusammengeschmolzen und das in ihrer Hochburg Basel. Was die andere Schweizer Kommunistenzentrale Zürich betrifft, so sind hier die Verhältnisse noch viel katastrophaler. Das hat der erst kürzlich erfolgte Zusammenbruch der unter kommunistischer Leitung stehenden Union-Buchhandlung und Druckerei bewiesen, der außerdem den Schweizer Gewerkschaften einige hunderttausend Franken gekostet hat. In der sozialistischen „Basler Arbeiterzeitung“ wird nunmehr der Brief eines kommunistischen Vertrauensmannes veröffentlicht, der die unglaublichen Zustände bei den Schweizer Rosa Luxemburg auf die schärfste beleuchtet. Laut diesem Bericht stellte die letzte Vertrauensmännerversammlung der kommunistischen Partei in Basel fest, daß die Finanzlage der Partei trostlos sei. Man habe nicht einmal so viel Geld gehabt, um zum 1. August, dem Schweizer Nationalfeiertag, ein Flugblatt herauszugeben. Von den rund 1000 Mitgliedern in Basel bezahlten wenigstens 200 Mitglieder keinen Pfennig Beitrag. In erster Linie müsse dafür die große Gleichgültigkeit der verschiedenen Parteimitglieder verantwortlich gemacht werden. Da außerdem die russischen Unterstützungen nur noch sehr spärlich fließen, siehe die kommunistische Partei mit leerer Kasse vor den kommenden Nationalratswahlen im Oktober.

Sehr kennzeichnend ist auch die Mitteilung über die Mitgliederbewegung des letzten halben Jahres. Das Vorstandsmittglied Baumann teilte mit, daß bei einem Mitgliederbestand von 1050 der Zuwachs in der Berichtsperiode 144 betragen habe. Dem steht ein Abgang von 90 Mitgliedern gegenüber. Baumann erklärte ausdrücklich, daß sich diese neuen Mitglieder aus dem Lumpenproletariat rekrutieren. Die meisten Aufnahmen wurden gemacht, wenn sich die neuen „Kandidaten“ unter den Einwirkungen des gespendeten Alkohols befanden. Diese Mitteilungen, die von keiner Seite bestritten werden konnten, riefen in der Vertrauensmännerversammlung die größte Empörung hervor.

Der Vertrauensmann schloß seine Mitteilungen mit der Bemerkung: „In unserer Partei geht das Interesse rapide zurück.“ Die Arbeiter sagen nichts mehr. Mechanisch erfüllen sie schlecht und recht ihre Pflicht, weil sie einmal dabei sind. Wenn die SP. immer noch 1000 Mitglieder zählt, so ist dies nur der kon-

servativen Gesinnung des einzelnen Mitgliedes zuzuschreiben. Nicht eilet die kommunistische Politik samt der Schreiberei des „Vorwärts“ (kommunistisches Zentralorgan der Schweiz) schon längst, und doch fühle ich mich noch zu schwach, um schon Schluss zu machen. Tue ich das aber einmal, dann lehre ich der Politik überhaupt den Rücken...“

Das „System Severing“.

Die Wahrheit über die Personalpolitik in Preußen.

Die Presse der Rechten kann sich nicht genug darin tun, das „System Severing“ als den Ausbund der Stellenjagderei und Korruption und als eine „Futterkripenwirtschaft“ der Sozialdemokratie hinzustellen. Immer wieder — so auch jetzt beim Wiederzusammentritt des Hauptausschusses des Preussischen Landtages — wurde die alte Balke von neuem gedreht, um durch die Monotonie jener Anklagen die Unterstellung als eine feststehende Tatsache in die Köpfe der leichtgläubigen Leser unserer Rechtspresse hineinzuhämmern.

Durch eine verdienstvolle Statistik über die Parteizugehörigkeit der höheren Beamten des preussischen Ministeriums des Innern gerührt das „B. T.“ diese Legende sehr gründlich. Die statistische Erfassung geschieht hier von der Spitze der Behörde herab bis zu den Landratsämtern. Die Beamten werden rubriziert als Republikaner und als „Unbekannte“, d. h. solche, die es für richtig halten, ihre Staatsgesinnung nicht durch ein Bekenntnis zu einer republikanischen Partei zu kompromittieren.

Der Stellvertreter des Innenministers, Staatssekretär Meister, gehört nach der Darstellung des „B. T.“ der deutschen Volkspartei an; er betrachtet es — um mit seinen eigenen Worten zu reden — als seine Aufgabe, die „Inflation der Außenleiter“ und die Ernennung mittlerer Beamter zu höheren nach Möglichkeit abzuklemmen. In das Personalreferat berief er als zweiten Referenten einen jüngeren Regierungsrat reaktionärsten Bessers, einen „Bundesbruder“ seiner studentischen Korporation und besorgerte ihn, um mit den liebgewordenen Gewohnheiten des alten Regimes nicht ganz zu brechen, sofort zum Oberregierungsrat.

Von den vier Ministerialdirektorstellen ist eine unbesetzt, eine mit einem Demokraten, die anderen beiden mit rechtsstehenden Herren besetzt. Die wichtige „Kommunalabteilung“ besitzt unter ihren 15 Referenten nur einen Republikaner; die sogenannte „Friedensabteilung“ einen Zentrumsmann und einen Sozialdemokraten; die „Polizeiabteilung“ ist, trotzdem ihr Leiter, eine höchst qualifizierte Kraft mit einer über Preußen und Deutschland hinausreichenden Autorität, Demokrat ist, überwiegend von der Reaktion okkupiert. Selbst die „Verfassungsabteilung“ leitet ein zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei stehender Herr. Von rund 65 höheren Beamten des preussischen Ministeriums des Innern sind somit kaum ein Fünftel als Republikaner anzuzählen.

In den mittleren und unteren Behörden liegen die Verhältnisse erfreulicherweise etwas anders, obwohl sich gerade hier der Faktor „Unbekannt“ noch verheerend genug auswirkt.

Von den 12 Oberpräsidenten bekannten sich 4 zur Sozialdemokratie, 3 zur Deutschen Demokratischen Partei, 3 zum Zentrum, 1 zur Deutschen Volkspartei, 1 war „unbekannt“. Auf 32 besetzten Posten von Regierungspräsidenten waren 6 Inhaber Sozialdemokraten, 10 Demokraten, 7 Zentrumsmänner, 4 Volksparteiler, 5 „unbekannt“. Elf Polizeipräsidenten von 23 gehörten der Sozialdemokratie an, 2 den Demokraten, 2 dem Zentrum, 1 der Deutschen Volkspartei, 7 waren „unbekannt“. Schon hier beträgt der Prozenzfuß bereit, die mit ihrem politischen Glaubensbekenntnis hinter dem Berge halten, also fast ein Drittel. Von jetzt ab aber nehmen diese zuverlässigen Hüter der Verfassung reichend zu. 398 endgültig besetzte Landratsstellen verteilten sich parteipolitisch folgendermaßen: 58 Sozialdemokraten, 22 Demokraten, 71 Zentrumsmänner, 7 Volksparteiler, 1 Deutschnationaler (der einzige offenbar, der soviel Charakter hatte, aus seinem Herzen keine Rindergarbe zu machen; nebenbei bemerkt fand sich unter den kommissarisch ernannten Landräten noch ein solcher weißer Hase) und 239, deren politische Stellung „unbekannt“ bleibt. Das sind

Charell-Revue.

(Großes Schauspielhaus.)

Sie nennt sich „Für Dich“ und meint damit „für Dich und für mich, für uns und Euch und alle“. Und sie kann das sehr stolz tun, denn die Revue zeigt in allen Einzelheiten, worauf es ankommt, und sie weiß selbst in der letzten von vier Stunden, da der Einfall seltener wird, noch durch Reichtum der Bilder zu festeln. Nun ist Fülle und Leichtigkeit bei Theaterbildern ebensowenig allein uninteressierend, wie bei Frauen. Charell aber weiß den Bildern einen Sinn zu geben, eine Handlung zu erfinden und den Sinn der Handlung in einen märchenhaft-unwirklichen zu verwandeln. Dichtische Dichter und der stetige Kritiker (Bender und Worgau) dichten die Revue vor unseren Ohren, in immer wieder komischen, kontrastierenden Zwischenakten, und sie verfolgen das Zeitpaar in den verschiedensten Kostümen nach Benedig, in den Orient, auf den Dampfer, nach Konstantinopel, in die Alpen, zum Drakel nach Delphi — wozu noch? Und das junge Paar steht sich und träumt und sportelt und zankt sich. Und zuletzt ist — glänzendste Apotheose maritimer Frauengefallen und Frauenleber — ein lebender Geburtstagskuchen aufgebaut, von dem die glücklichen Premierbesucher etwas abbekommen.

Am Programm steht, daß der Text im Drei-Masken-Berlag erschienen ist. Unmöglich. Denn der Reiz des Gesprochenen liegt in der Improvisation der genannten Komiker. Hier funkelt einmal ein aktuelles Bonmot auf. Dem Ganzen fehlt jedoch der Ehrgeiz, etwa an die alten Revuen des politischen dichtenden Metropolis den Anknüpfung zu finden. Vielmehr: das Auge ist unablässig beschäftigt, aber damit vor allem beschäftigt, Schönheit in seiner Reghau aufzufangen. Wenn Trier ein Alpendorf malt mit seinen Menschen, Burgen, Türmen und Häusern, so geht von der Stimmung dieses köstlichen Bildes ein Sturm, nicht nur ein Hauch von Ehrlichkeit über auf die Kunst (des teat parodistischen, auch im Couplet wieder frischen Venak), auf die Tanzenden, auf die im Kreis Zuschauenden. Es ist eine tolle Bewegung auf den Brettern, es ist für jeden Maskentanz eine Schar von gut gemachten, geistigen Mädeln da, es ist in den paar „lebenden Bildern“ (etwa dem „Orient“ von Stern) so viel künstlerisch reiner, vornehmer Geschmack, daß auch die größte Offenheit von weiblichen Kostümen ganz und gar nicht weh tut. Abwechslung ist da und ein Altkern an Kleidern, Hüten, Mänteln, eine Geschmeidigkeit der Tanzenden, ein Tempo der Regie, eine Buntheit der Beschneidung, eine vollkommene Beherrschung des Rhythmus, ein so einhelliges Ringen um Schönheit des Körperausdrucks, daß der Gedanke an Reueaktivist verschwindet, und daß selbst die paar Nieten (Seelenlose und Kinobilder) nicht mehr ins Gewicht fallen. Ist es nötig, bei so viel Grazie und Charme Namen besonders zu drucken? Alle sind sie beim munteren Werk munter und begeistert dabei. Sie spielen und tanzen „für Dich“. Charell hat (wenn er eine Stunde streicht) ein Meisterstück vollbracht. Die anderen nenne ich nicht. Sie heißen Stern, Trier, Gohmer (Kaler), Stalle (Dirigent), Jonkfer, Ambree, Duane, Sun-Hiana-Luna, Schwind, Gerlich, Manova (herrlich!), Betty Delaune und Ilse Lindor (selbst vollendet), Agat und Young, Maria Manzanara (blendend!) e tutti quanti! Kurt Singer.

Wie es uns gefiel.

Nach einjähriger Pause hat Victor Barnowsky wieder ins Berliner Theaterleben heimgefunden und die Leitung des Theaters in der Königgräber Straße, des Komödienhauses und der Tribüne in der Hand genommen. Als erstes eröffnete er das Theater in der Königgräber Straße gestern mit Shakespeare „Wie es euch gefällt“, und erzielte damit einen ganz großen Theatererfolg, wie wir ihn in den letzten Jahren selten zu verbuchen hatten. Der Beifall, der namentlich am Schluß des Stückes ungedrungen losbrach, gipfelte schließlich in den immer wiederholten Rufen „Barnowsky!“, „Barnowsky!“ Die Bergner holte man sogar noch heraus, als schon der eiserne Vorhang heruntergegangen war, der von Unentwegten mit den Fäusteln bearbeitet wurde. Aber ihre Rosalinde war eine Leistung von so unsagbarer Anmut, daß dieser hemmungslose Jubel verständlich war. Man hat über Elisabeth Bergner schon längst alles gesagt, was zu sagen ist, man hat sie auch längst in der Rolle der Rosalinde gefeiert. Es bleibt nur übrig festzustellen, daß man das alles heute wiederholen könnte. Neben ihr mußten die anderen Darsteller zurücktreten; nicht, weil sie nicht genügt und keinen Dank verdienen; doch der Rhythmus des ganzen Abends wurde von ihrem zierlichen Persönchen bestimmt. Aber gedacht werden soll wenigstens der reizenden Cella Carola Toelles, Erik Körtner, der dem melancholischen Jacques eine ganz eigene Note von echter Tragik im närrischen Weltkummer zu geben wußte, Ernst Karchow als Orlando und des zärtlichen Soares Probststein — Karl Ellinger und Käthchen — Till Riokow. Man könnte noch eine ganze Weile damit fortzählen, Namen rühmend zu erwähnen; ich begnüge mich mit usw. usw.

Barnowsky hat die Absicht, sein Ensemble zusammenzubalten. Ob es ihm gelingt, muß die Folge lehren. Ohne sehr ausgedehnten Gastspiel-Urlaub wenigstens wird es ja leider bei einer ganzen Anzahl von Künstlern doch nicht abgehen. Aber es ist mühsig, sich aufs Prophezeien zu legen. Der Anfang von Barnowskys neuer Regierung gefiel uns, und welche Hoffnungen und Erwartungen man in ihn setzt, wird ihm sicher gerade durch den begeisterten Beifall am geistigen Abend deutlicher geworden sein, als durch alle noch so klaren Worte.

Trivialität ist Trumpf.

Die „Komödie“ legt mit großem Eifer die interessantesten Experimente fort, mit denen sie nachweist, daß importierte französische Lustspiele es an Langweiligkeit mit deutschen aufnehmen können. In seinem Lustspiel „Herz ist Trumpf“ bringt der Autor Felix Gandera eine romantische Liebesgeschichte auf die Bühne, deren Romanität durch Erwähnung von Film, Mercedes-Auto und anderen technischen Erzeugnissen auf neu gebügelt ist. Eine Neureiche mit dem Hang zur Bornehmtheit verheiratet ihre Tochter mit einem vermeintlichen Grafen, der in Wahrheit Kaffeekellner ist. Da aber wenigstens die größten Papiere echt sind, so besteht — o Wunder juristisch-dramatischer Logik! — die Ehe mit dem richtigen Grafen zu Recht. Dieser Graf, ein eingeschworener Ehefeind, verliert natürlich, wie es noch den Gesetzen der Schwanenregel nicht anders zu erwarten ist, das Herz unrettbar an seine Gattin wider Willen. Man sieht, französische Autoren legen neuerdings

mehr Wert auf Gemüt, als auf sprühenden Geist. Eine ganz lustig aufgemachte Anekdote, die man als Reiseliteratur gern gelten läßt, aber nicht als Theaterstück, in dem Aufwand und Anlaß in schreiendem Mißverhältnis zueinander stehen.

Wieder verschwendet Hedwig Wangel ihre Kräfte an eine kümmerliche Rolle. Gewiß ist es sehr lustig, wenn sie als prächtige Neureiche laut und aufdringlich und ohne Schluß die Bornehme zu markieren sich abquält und zu ihrem eigenen Erstaunen eine Latschigkeit nach der anderen begehrt. Was soll man aber aus der abgeklapperten Kaffe-Figur schon noch Neues herausheulen! Vorher Ernst Bröckel, der als dummlicher, an die Wand gedrückter Jüngling Mühsel und Heiterkeit zugleich erweckt, und dem prächtigen Fittchen Ludmilla Hell verlegen die Schauspieler vergeblich die Lustigkeit des Abends durch Liebertröbung zu heben. Erika von Thellmann z. B. überbelegte ihre Herbeheit, Energie und Jungenshaftigkeit, bis sie unympathisch wirkte, und die Wehrzahl der übrigen verjuchte es mit den billigen Mädeln drastischer Komik. Dgr.

„Sädie-Abenteuer“. In der Urania läuft ein Kannibalenfilm, dem Dr. von Vessel etliche ethnologische Betrachtungen vorausschickt. Das ist auch sehr angebracht, denn gerade der erste Teil des Films, der Volkstypen zeigt, hat einen Text, der nur zum Nachen reizt, eine ernsthafte Betrachtung aber leicht verhindert. Doch mit der Ueberbelegtheit der Zivilisierten kommt man nirgends weit, nicht einmal bei den Kannibalen. Und Johnson und Frau wären, wie der Schlußtext erzählt, beinahe aufgefressen worden, — wenn nicht das englische Patronenbüchse gefolgt wäre. Der Film führt in landschaftlich schönen Streifen durch Melanesien und Polynesien und zwar werden die Neuen Hebriden, die Salomons- und Samoa-Inseln berührt. Da namentlich die für die Schifffahrt recht gefährlichen Gegenden aufgeführt wurden, konnte manches Reue übermittel werden. Die Kulturhöhe der einzelnen Stämme ist sehr verschieden. Bei etlichen ist infolge der ungenügenden Ernährungsmöglichkeiten eine Verzerrung eingetreten. Ueberall ist der Tanz der Eingeborenen volle Rotur, aus einer imponierenden Ursprünglichkeit heraus geboren. Und welche Hilfsmittel, Barmuschel und Alkohol sind in Europa erforderlich, damit die zivilisierten Schönen im Arme ihrer Herren im Ballsaal ein paar Schritte Regieranz machen können. e. h.

Die Herbstausstellung der Berliner Sezession, die in ihrer Gestaltung noch vollkommen den letzten Jahren des verstorbenen Präsidenten Louis Corinth entspricht, wird Mitte Oktober eröffnet werden. Neben den Arbeiten der Mitglieder und Gäste wird sie in erster Linie die letzten Werke des Meisters zeigen. Ihrer Tradition entsprechend wird ferner die Berliner Sezession nach langer Zeit wieder eine Kollektion von Berlin lebender französischer Künstler bringen. Am perabredeten Austausch wird dann im Frühjahr 1926 die Berliner Sezession in Paris zur Ausstellung gebracht werden.

Nach der Septemberausstellung des Sturm werden konstruktivistische Gemälde der Gruppe K Hannover und tubistische Teppiche von Max Lidersoff gezeigt, ferner Sturm-Gemälde. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 6 Uhr und Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet. Ein neues Theater. Nachdem sich die Verhandlungen mit der Goethe-Bühne zerlähmt, hat Direktor Max Samt das Theater in der Lützowstraße gepachtet und wird dieses am 6. September mit dem Alt-Berliner Volkstheater: „Die Robians“ eröffnen.

Mord oder Unglücksfall?

Geheimnisvoller Tod eines jungen Mädchens im D-Zug.

Ein geheimnisvolles Drama hat sich gestern Abend in dem D-Zug 171, der von Bentheim nach Berlin kommt, abgepielt. Vor dem Eintreffen des Zuges in Berlin hatte die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion ein Bahntelegamm erhalten, demzufolge hinter der Station Schönhauser Damm, gleich hinter Stendal, auf dem Bahnkörper eine weibliche Leiche aufgefunden worden war. Als der Zug um 8,50 Uhr eintraf, wurde er einer eingehenden Durchsicherung unterzogen. Die Ermittlungen ergaben, daß ein reisendes junges Mädchen, die 24 Jahre alte Marie Lampersbach, vermißt wurde. Durch die ersten kurzen Vernehmungen des Zugpersonals ergab sich die Notwendigkeit, eine ebenfalls im Zuge befindliche Holländerin T. vorläufig in Haft zu nehmen.

Inzwischen wurde die Nordkommission alarmiert, und Regierungsdirektor Dr. Weich mit seinen Beamten eilte sofort nach dem Bahnhof Charlottenburg. Nach Beschäftigung des Zuges wurden sämtliche Zeugen und Frau T. in das Polizeipräsidium geladen, wo sofort eine eingehende Vernehmung eingeleitet wurde. Es ergab sich folgendes: Die Lampersbach, die aus Gollubien im Kreise Goldap (Ostpreußen) stammt, war seit 1918 als Hausangestellte tätig. Am 5. Oktober v. J. vermietete sie sich als Kindermädchen nach Graveland in Holland. Sie fühlte sich dort anscheinend aber nicht wohl, denn aus ihren Briefen, die sie an eine in Berlin in der Frankfurter Allee wohnende Base richtete, sprach großes Heimweh. In den letzten Briefen teilte sie ihrer Verwandten mit, daß sie in den nächsten Tagen nach Hause fahren und die Base wie immer auf der Durchreise in Berlin besuchen werde. Den genauen Zeitpunkt ihrer Ankunft wollte sie durch eine Postkarte anmelden. Statt dessen traf gestern Abend bei der Verwandten eine Depesche ein, die in Stendal aufgegeben war. In ihr meldete die Lampersbach, daß sie um 9,19 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof ankomme. Die Verwandte, die sich zu dieser Zeit dort einfinden, wurde von den Bahnbeamten von dem Unglücksfall des jungen Mädchens in Kenntnis gesetzt.

Die Vernehmung des Zugführers ergab, daß die L. sich während der ganzen Fahrt sehr aufgeregt gebärde hatte. Auf der holländischen Station Hloerhorn war sie eingestiegen. Unterwegs hatte sie den Schaffner angesprochen und ihm gesagt, daß sie sich

durch einen Herrn und eine Dame bedroht fühle. Der Schaffner beruhigte die Aufgeregte damit, daß er und seine Kollegen den Zug ständig kontrollierten. Im Notfall wolle er ihr gern Hilfe leisten und sie in seinem Dienststübchen unterbringen. Auch weiterhin war das Benehmen des jungen Mädchens ungewöhnlich erregt und verstört. In ihrer Verdrängnis vertraute sie das junge Mädchen, das sonst sehr zurückhaltend war, einer

mitreisenden Frau an. Sie zeigte ihr und einer Zugbediensteten den Mann und die Frau, vor denen sie sich fürchtete. Der Herr, der einen grauen Anzug trug und einen großen schwarzen Schnurrbart hatte, saß in einem Abteil 2. Klasse, die Frau, jene Holländerin T., saß mit ihr in demselben Abteil, dem dritten des letzten Wagens. Nachdem das Telegramm in Stendal ausgegeben war, kann sich niemand mehr entsinnen, das Mädchen gesehen zu haben. Kurz vor Charlottenburg machte die Dame, der die Lampersbach sich angeschlossen und die ihr Hilfe zugesagt hatte, den Zugführer sowie die Wartefrau auf das auffällige lange Ausbleiben der L. aufmerksam. Gemeinsam suchten sie die Abteile, den Speisewagen und die Toiletten ab, ohne sie zu finden. Beim Einlaufen in Charlottenburg wurde durch das Bahntelegamm das Fehlen aufgefakt. Bei der sofortigen Kontrolle durch den Ueberwachungsdiens wurde jener

Schwarzbärtige Herr nicht mehr im Zuge angetroffen.

Wenn er ihn verlassen hat, steht nicht fest. Da die Einfahrt nicht frei war, mußte der Zug kurz vor Spandau einen Augenblick halten. Ob der Mann hier auf offener Strecke den Zug verlassen hat, ist ungewiß.

Die Holländerin, die noch im Zuge war, gibt folgendes an: Sie sei die Frau eines Diamantenhändlers aus Rotterdam und wolle jetzt nach Kattowick, um ihre dort wohnenden Eltern zu besuchen. Auf die L. will sie nicht weiter geachtet haben und will auch keinen ihr bekannten schwarzbärtigen Herrn im Zuge gesehen haben. Nachdem man Frau T. gehört hatte, wurde sie wieder entlassen. Sie wird aber im Laufe des heutigen Tages noch einmal vernommen werden. Bei der Vernehmung der hülfsbereiten Dame, die im selben Abteil mit der L. fuhr, stellte es sich heraus, daß der unbekannte Herr: an dem Abteil vorbeigegangen sein soll und dabei Frau T. anblickte in einer Weise, die auf Bekanntheit schließen ließ. Wie wir weiter erfahren, wurde auch einer der Schutze der L. unter der Bank des Abteils gefunden, der zweite fehlt noch. Der ganze Vorfall ist so geheimnisvoll, daß sich vollständig noch keine Schlüsse ziehen lassen. Auch die Möglichkeiten eines Selbstmordes oder Unglücksfalls sind nicht von der Hand zu weisen. Alle zweckentsprechenden Mitteilungen nimmt die Nordkommission E. C. Müller-Jaspie im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße, Zimmer 44, entgegen. Besonders aber seien Barbiers und Friseur auf jeden geheimnisvollen Herrn mit dem großen schwarzen Schnurrbart aufmerksam gemacht, da, falls der Betreffende mit dem Tode des Mädchens in Verbindung stehen sollte, die Wahrscheinlichkeit besteht, daß er sich den Bart abnehmen läßt.

nicht weniger als 60 Prozent aller endgültig ernannten Landräte (insgesamt waren 426 Landratsstellen zu besetzen), von denen man nicht weiß, wie sie zur Republik stehen. Jedes Wort des Kommentars könnte die Wirkung dieser Stellen nur abschwächen! Aber weiter: Von 11 besetzten Stellen der Vizepräsidenten beim Oberpräsidium (früher Oberpräsidenten) verteilten sich 2 auf das Zentrum, 1 auf die Deutsche Volkspartei, 8 gleich 73 Prozent waren „unbekannt“. Den Posten schloßen die Vertreter der Regierungspräsidenten (früher Oberregierungspräsidenten) ab, 31 an der Zahl: sie waren sämtlich „nicht zu subzidierten“. Eine „erstaunliche“ Liste, wenn man den Einfluß der „Referenten“ kennt.

Wo bleiben denn nun die das ganze Land überwachenden „Creaturen Severings“?

Die völkische Sekte.

Ludendorffs Aufruf für den Presseschach.

Es ist ein Verdienst des „Netters“, daß er die „nationalen“ Verbände durch seinen Eid auf die Verfassung und durch die Sanktionierung der Luther-Stresemann-Politik in die Richtung der „konservativen Republik“ herumgelenkt hat. „Stahlhelm“, „Berkowol“, „Kriegshäuser“ und „Offiziersbund“ sind dadurch hoffähige Organisationen, mit dem Zutritt zum Reichspräsidenten und zum Reichswehrminister geworden. Hier wird ihnen die „nationale“ Wohlstandigkeit und das „Recht zum Tragen der Uniform“ bewilligt.

Um so peinlicher wird nunmehr von der „völkischen“ Seite des Generals Ludendorff diese neuerliche Isolierung empfunden. So spielt der „Nachrichtendienst der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ vom „30. Ernting“ Gift und Galle gegen die „Nationale Journaliste“, die es gewagt habe, die ultimative Rede Ludendorffs in Schneidemühl zu untersuchen:

„Die gesamte nationale Presse hat den Besuch Ludendorffs im Optantenlager zu Schneidemühl und seine dort gehaltene Rede einfach totgeschwiegen, während sie über jedes Auftreten eines hergelassenen Offiziers, über jede Rede eines Sowjetjuden, ja z. B. sogar über den Zionistentongress in Wien eingehend berichtet. Nur nicht von Ludendorff sprechen und schreiben, und nicht ihn erwähnen, das scheint die Lösung der „Nationalen Journaliste“ zu sein, es sei denn, daß es was Ungünstiges, Entstelltes ist.“

Die politische Bedeutung dieser „Journaliste“ ist den Militärpensionisten und Handlungsgehilfen um Hitler und Ludendorff nun scheinbar doch aufgegangen und so wendet sich der „General“ ausnahmsweise nicht an die „Helden in Paulen“, sondern an die Kaiserwähler der Nation mit seinem „Aufruf zur Gründung eines Presseschach“:

„Der politische Kampf der letzten Jahre hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die völkische Bewegung niemals ihre hohen Ziele erreichen kann, wenn sie sich nicht auf eine leistungsfähige Presse stützt. Nur dann kann aber der Kampf für sie gegen alle staatlichen und überstaatlichen Feindmächte und ihre öffentlichen Organe und gegen die Laubheit und Gleichgültigkeit mit Erfolg geführt werden, wenn wir auch bereit sind, für unsere Ueberzeugung und in diesem Fall für eine völkische Presse Opfer zu bringen.“

Die völkischen Landrechtsführer werden an ihrem Aufruf nicht viel Freude erleben. Erstens ist — wie die Erfahrung lehrt — die beste Sache von vornherein pleite, wenn Ludendorff sie in die Hand nimmt. Zweitens ist die Hochkonjunktur der Hitlermützen und der Ludendorffsparden vorbei! Das Großkapital ist bekanntlich gerade dabei, dem Dr. Luther einen „Preisabbau“ vorzumachen und Subsidien an Ludendorff — verderben das Geschäft!

Der Gewerkschaftskongress.

Jäckels Korreferat.

Breslau, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Als Korreferent sprach über Wirtschaftsdemokratie Jäckel (Legalarbeiter). Die deutsche Arbeiterschaft sei nicht gewillt, eine Hebung der Konkurrenzfähigkeit mit den Mitteln zuzulassen, die den amerikanischen Arbeitern in Form einer extremen mechanischen Taylorisierung aufgezwungen wurde. Jäckel sieht einen Ausweg nur in der Steigerung der Persönlichkeitsenergie des einzelnen Arbeiters. Diese setze eine Betriebsführung voraus, die sich zum mindesten auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie und zur Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Betriebe finden müsse. Der Anfang der Wirtschaftsdemokratie liege im ersten Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker aus dem Jahre 1898. Seither sind wir zum heute geltenden Betriebsratsgesetz gekommen, das trotz vieler Unvollkommenheiten die Erfahrungen der Arbeiterschaft in der Betriebsdemokratie erheblich vermehren konnte.

Eine Stärkung des Kampfes der Arbeiterschaft um die Demokratisierung der Wirtschaft könne von ihren eigenen Betrieben und deren Finanzkraft ausgehen. Das starke Interesse der englischen Arbeiterschaft an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften sei vorbildlich. Auch die deutsche Bauhüttenbewegung hätte unter Führung Dr. Wagners einen Weg gezeigt, auf dem die Arbeiterschaft sich vom privaten Baukapital unabhängig machen könne. Dazu kämen als Machtpositionen für die Demokratisierung der Wirtschaft die Betriebe der öffentlichen Hand.

Der Redner forderte schließlich die Errichtung des verfassungsmäßig längst zugesagten Wirtschaftsparlaments. Die Arbeitgeber wehren sich gegen die Einrichtung der Wirtschaftskammern offenbar nur, weil sie jede vermehrte Kenntnis der Arbeiterschaft über das Wirtschaftsleben fürchten. Das Ziel der Umwandlung der heutigen Wirtschaft in eine von den Arbeitern für die Arbeiter geleitete sei nicht auf einen Schlag zu erreichen, aber der Sieg sei sicher, weil Deutschland nur leben könne, wenn seine Arbeiterschaft zur demokratischen Mitwirkung in Wirtschaft und Gesellschaft komme. Der demokratische Staat soll unser Staat sein und zum Staat der sozialen Gerechtigkeit, zum sozialistischen Staat werden. Auch diesem Referat folgte lebhafter Beifall.

Damit ist der zweite Verhandlungstag abgeschlossen. In der heutigen Vormittagsitzung des Gewerkschaftskongresses begrüßte der Vorsitzende zunächst den französischen Vertreter Benoit und teilte mit, daß der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons telegraphisch sein Ausbleiben entschuldigt und den Arbeiten des Kongresses besten Erfolg gewünscht hat. Dann folgte die Diskussion über die beiden gestrigen wirtschaftspolitischen Referate. Ellinger vom Verband der Sozialen Baubetriebe gab einen Heberblick über die

Entwicklung der Bauhüttenbewegung.

die bereits 181 selbstständige soziale Baubetriebe mit 25 000 Arbeitern und Angestellten und einen Umsatz von 50 Millionen Mark aufweist. Die Bauhüttenbewegung habe den Zweck, in die Preispolitik der kapitalistischen Unternehmer Preisdruck zu schlagen und durch eine aktive Preispolitik die Wohnpolitik der Gewerkschaften zu ergänzen. Darüber hinaus wollen sie den Arbeiter aus einem Objekt zu einem Subjekt der Wirtschaft machen.

Eggert vom Bundesvorstand zeigt an einigen Beispielen, daß die deutschen Unternehmer alles andere als eine wirklich nationale Wirtschaftspolitik treiben, wie sich z. B. aus dem Verkauf von deutschem Eisen und Stahl im Ausland zu billigeren Preisen als im Inland ergibt.

Krauß-Stuttgart (Metallarbeiterverband) bezeichnet die Idee der Wirtschaftsdemokratie als eine Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaftspolitik und bekämpft die entsprechenden Ausführungen des Referenten Jäckel.

Die Brandstiftungsepidemie von 1908.

Die größte Brandstiftungsepidemie, die Berlin in neuerer Zeit hatte, ist die von 1908. Sie dauerte fast sieben Monate hindurch, von etwa Mitte Februar bis Ende August. In jener Zeit kamen in dem damaligen Stadtgebiet Berlin 249 Dachstuhlbrände vor, gegenüber nur 59 Dachstuhlbrände, die aus demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres gemeldet worden waren.

Die Rehrung der Dachstuhlbrände begann am 10. Februar 1908 mit einem „Austakt“, der sogleich in den ersten vier Tagen sieben Brände brachte. Dann kam zunächst eine Pause von sechs Tagen, danach aber setzte am 20. Februar eine lange Reihe von Dachstuhlbränden ein, die mit geringen Unterbrechungen bis Mitte April dauerte und von da ab sich mit größeren Unterbrechungen noch bis Ende August hinzog. Schon aus den Tagen des 20. bis 29. Februar wurden 17 Dachstuhlbrände gemeldet, im Monat März aber waren nicht weniger als 79 Dachstuhlbrände zu verzeichnen. Der Höhepunkt wurde am 11. und 12. März mit zusammen 11 Dachstuhlbränden erreicht. Der April hatte 50 Dachstuhlbrände, wovon allein 10 am 7. und 8. April vorkamen. In den folgenden Monaten ließ dann die Zahl der Dachstuhlbrände langsam nach. Gemeldet wurden im Mai 34, im Juni 24, im Juli 19, im August 19, aber auch das waren immer noch ungewöhnlich hohe Zahlen. Erst mit Beginn des Monats September konnte die Brandstiftungsepidemie als erloschen gelten.

Eine Auszählung der damaligen Dachstuhlbrände nach Wochentagen ergab, daß die Sonnabende und die Sonntage mit auffallend geringen Zahlen beteiligt waren. Sehr ungleich war auch die Beteiligung der verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. Hier ergab die Auszählung ein Anschwellen der Zahlen für die Vormittagsstunden. Auch das ist auf, daß unter den von Brandstiftungen heimgesuchten Häusern die Eshäuser ungewöhnlich zahlreich waren. Solche Zählungen und Feststellungen sind keine müßige Spielerei, sondern können manchmal Aufschlüsse geben, die für die Arbeit der Kriminalpolizei wertvoll sind. Freilich blieben damals die Bemühungen, den Brandstiftern auf die Spur zu kommen, leider erfolglos. Hoffentlich gelingt es diesmal besser.

Die Jagd nach dem Flimmerstreifen.

Eine Geschichte ohne Pointe.

Du schreckst morgens gegen 7 Uhr wirt aus dem Schlaf, während dir noch der programmäßig gestellte Weder ins müde Ohr schreit. Halt, was war es denn noch? Ja, richtig: Film, Verkehrsinspektion. Und schon kommt sich das Gedulde. Die Verkehrsinspektion des Polizeipräsidiums veranstaltet am 1. September um 10 Uhr in der Neuen-Krug-Allee (an der Treptower Chaussee) eine Filmaufnahme von einem Zusammenstoß im Straßenverkehr. Welch lehrreicher Versuch. Eine treffliche Gelegenheit, die bis jetzt heiß geliebten Knochen der verehrlichen Verkehrsinspektion vor den zerlösenden Angriffen des Berliner Verkehrs zu bewahren. Und die Presse war höchlich eingeladen. So zieht man sich an, und mit Hilfe eines Viertelzudens verschiedener Verkehrsmittel (die bekanntlich in dringlichen Augenblicken die Eigenschaft haben, auf sich warten zu lassen) nähert man sich, den Kopf voll von wirbelnden Film- und pädagogischen Ideen, dem Gelände, auf dem die polizeiliche Flimmerregisseurin ihr Talent erproben wollen. Du landest pünktlich gegenüber dem Friedhof, wie es so genau in der Ankündigung heißt, und — siehst nichts als trübelle Regenplüßen. Einmal wanderst du die Chaussee entlang — 100 Schritt vor, 100 Schritt zurück und denkst: Warum ist man so lächerlich früh gekommen? — Ein Wagen mit städtischer Rüstung rattert vorüber, und die beschiedene Anfrage, ob er mit der Filmpedition irgend etwas zu tun habe, wird von dem Rosselecker lebenswürdig dahingehend beantwortet, daß man sogleich eine wohlbedachte Schaufelung des duffenden Wageninhalts über den Schädel bekommen könne. Man wut unternichtet. Endlich begegnet dir, nachdem du in innerster Seele beunruhigt bist, ein Polizeimann, der die forige Landstraße entlangzieht. „Ja“, sagte der und rollte das Amtsgesicht in dienstliche Falten. „Danach haben schon mehrere getraut. Alles Presseleute. Ich weiß von nichts. Vor acht Tagen, da haben sie mal so was gemacht. Vielleicht irren Sie sich im Datum!“ Man steht in leichter Seelenverwirrung und fragt den Beamten so nebenbei, ob er aus Köln wäre. Er sprach so „Kölsch“. Er antwortet, daß er aus Ostpreußen sei. Und damit ist die Unterredung beendet. Wahrscheinlich wird die Verkehrsinspektion fünf Minuten später gekommen sein. Das ist nun sehr ärgerlich. Diese Geschichte hat keine Pointe. Auch ist sie verkehrsproblemmäßig ganz unproduktiv. Nur der Berichterstatter hat aus dieser

vergeblichen Jagd nach der Filmpedition etwas gelernt. Nämlich: daß ein Journalist auf Einladungen der verehrlichen Verkehrsinspektion entweder gar nicht oder zum mindesten mit zwei Stunden Verspätung kommen soll. Im letzteren Falle wird er sicherlich nicht mehr lange zu warten brauchen.

Schlachtentage als Festtage.

Die nationalsozialistischen Zeitungen haben gestern ihre Parteilager aufgeföhrt, am heutigen Tage die monarchistische schwarz-weiß-rote Fraktionsföhne zu hissen. Dieser Appell hat selbst bei den auf mancherlei Dialekte dressierten Nachläufern der schwarzweißroten Demagogie wenig oder gar keinen Anklang gefunden. Das Blatt für König und Vaterland, die „Kreuzzeitung“, läßt allerdings ihr riesiges Leben im trüben Vormittag flackern. Auch die Vorkämpferin für Agrariens Jollprophete in der Bernburger Straße, die „Deutsche Tageszeitung“, drapiert ihre Bureau mit dem wohlfeilen Tuch. Das Blättchen für zehnpromzentiges Christentum (die restlichen 90 Proz. entfallen auf maderes Germanentum), der „Reichsbote“, der in der Deffauer Straße sein Domizil hat, darf im Streite der deutschen Männer natürlich nicht zurückstehen und hat gleichfalls schwarzweißrot geflaggt. Das sind die Leute, die das Banner des letzten Wilhelm noch aus Prestigegründen hochhalten. Sonst aber fliebt sehr windig aus.

Unsere nationalsozialistischen Kummeltreger scheinen von der Feiersphäre mit stark alkoholischem Einschlag erfüllt. Die unumößlichsten Gelegenheiten werden beim schwarzweißroten Widel ergriffen, um den Patrioten Gelegenheit zu geben, ihren bedrängten Seelen mit kernigem Phrasenschwallut Luft zu machen. Die Bergnützungssucht der nationalsozialistischen Kreise kennt keine Grenzen mehr, und statt alle Schlachtentage in einer würdigen Totengedenkfeier zusammenzufassen, macht man aus jedem einzelnen einen neuen patriotischen Kummel. Historisch ergriffene Reichsmehrkapellen lassen es sich nicht nehmen, den Tag von St. Privat mit schmetternden Fanfaren zu feiern, die völkische Jugend feiert den Tag von Grohbeeren, an dem sich Deutsche gegenständig töteten, durch schwülstige Phrasen. Heute Abend werden 1 1/2 Dugend gemischte Reichsmehrkapellen den Schlachttag von Sedan im Stadion gebührend feiern. Die Sache scheint sich demnach dem Refort des Vinklaters bedenklich zu nähern. Diese Herrschaften suchen einen Spektakel um jeden Preis. Und ein findiger Festrangeur völkischer Couleur wird wohl in Kürze die Niederlage von Jena und Auerstädt in preußische Choriste umzuändern verstehen. Den völkischen Festrangeurern ist mit Bestimmtheit alles das zuzutrauen, was sie in den Augen der Mitwelt nur noch lächerlicher machen kann.

Kunze Riesenpleite.

An den Auktionshäusern erinnert ein kümmerliches Plakat, aus dem für den fleischlich Vorbereitenden nur zwei Worte in fetterem Druck herausleuchten: „Kunze spricht... Riesenpleite...“ Wir wissen es ja, wackerer Alkoholfreund von Garbelegen und Spezialist für treubehutende Gummi-Knuppel, daß dein Bankrott ein überdimensionaler und reißloser ist. Glauben Richard Kunze und seine auselndergesprengte Partei miniature die Zeit zu neuen Spekulationen für gekommen? Ruß ein anderer Solly Polener den ramponierten Knuppelschwinger in anderem Sinne vor dem Erlaufen reiten? Es scheint fast so. Der geschäftige Phrasenur dürfte allerdings mit seinen politischen Transaktionen kein Glück mehr haben.

Großer Petroleumbrand bei New York.

Die in der Nähe der Docks liegenden Petroleumbehälter sind in Brand geraten. Hunderte von Feuerwehrleuten bemühten sich vergebens, das Feuer zu löschen. Die Rauchentwicklung ist so stark, daß 190 Feuerwehrleute bereits wegen Erstlingsgefahr ins Krankenhause befahren werden mußten.

Wieder ein Lufttransport von Dawesobligationen.

Heute morgen 9,15 Uhr startet in Berlin das Junkers-Großflugzeug „G. 23“ mit neun Millionen Pfund Dawes-Obligationen nach London. Das Flugzeug unterbricht den Flug in Amsterdam, wo ein Teil der Obligationen für Paris umgeladen wird. Begleitet der Sendung ist Geheimrat Rück von der Reichsschuldverwaltung; Flugzeugführer ist Linder.

26 000 Zentner Kalk im Rhein gesunken. Ein französischer Schlepptahn, der mit 26 000 Zentner Kalk beladen war, fuhr auf einen Felsen auf, wurde led und sank innerhalb weniger Minuten. Die Beladung konnte sich nur unter großen Schwierigkeiten in Sicherheit bringen, mußte aber ihr Hab und Gut im Stiche lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnerhöhungen bei der Reichsbahn. 60 Proz. der Eisenbahnarbeiter gehen leer aus.

Ueber den Umfang der zum 1. September von der Reichsbahn-Gesellschaft vorgenommenen Erhöhung der Löhne läßt sich zurzeit ein Ueberblick noch nicht geben. Nach Angabe der Reichsbahn-Gesellschaft beträgt die Summe, die sie für diese Lohnerhöhungen auswirft, 20 Millionen im Jahr. Da die Zahl der Arbeiter, die bei der Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigt werden, rund 400 000 beträgt, macht die „Lohnerhöhung“ im Durchschnitt pro Kopf und Woche rund eine Mark aus.

Nun behauptet die Reichsbahn, daß schon seither 12 Proz. der Reichsbahnarbeiter Löhne hatten, die der entsprechenden Arbeiter der Privatindustrie überstiegen, während 48 Proz. bezüglich ihrer Lohnsätze mit den Arbeitern der Privatindustrie auf der gleichen Höhe standen und „nur“ 40 Proz. der Reichsbahnarbeiter unter den Lohnsätzen der Privatindustrie einlohten wurden. Ganz abgesehen davon, daß diese Aufstellung nur unter Vorbehalt zu registrieren ist, gibt die Reichsbahn-Gesellschaft bekannt, daß die Lohnerhöhungen sich allein auf diese 40 Proz. der Reichsbahnarbeiter beziehen, die sich insbesondere über die meisten deutschen Großstädte und über industrielle Bezirke verteilen. Auch für diese 40 Proz. der Reichsbahnarbeiter würde die Lohnerhöhung im Durchschnitt nur 2,40 M. die Woche betragen. Die anderen 60 Proz. der Reichsbahnarbeiter würden somit völlig leer ausgehen.

Aber auch unter den 40 Proz. der Arbeiter, die sich auf Berlin, Groß-Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Jülich, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Groß-Frankfurt, Hannover, Bremen und Umgebung, Köln, Ludwigshafen, Mannheim, ferner größere Teile von Württemberg und Baden verteilen, werden bei der Erhöhung der Löhne erhebliche Unterschiede gemacht. Die Lohnsätze bestimmter Arbeiterkategorien, die besonders hochwertige oder qualifizierte Arbeit vollbringen, z. B. Rangierer, Mechaniker und verschiedene Schwerarbeiter, sollen besonders ausgewertet werden. Der Umfang der vorgesehenen Lohnerhöhungen für diese verschiedenen Kategorien steht heute noch nicht fest, da hierfür besondere Ermittlungen angestellt werden.

Wenn die Reichsbahn-Gesellschaft ihren Mitteilungen anfügt, daß die in Kraft gesetzten Lohnerhöhungen auf die Stimmung günstig einwirken dürften, in der demnächst etwa neue Verhandlungen geführt werden und dazu beitragen würden, das deutsche Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, so können wir ihren Optimismus nicht unbedingt teilen. Gerade diese willkürliche Vornahme der Lohnerhöhungen, die 60 Proz. der Reichsbahnarbeiter ganz leer ausgehen läßt, dürfte nicht gerade beruhigend wirken. Wir glauben auch, daß die bei der angeordneten Lohnerhöhung offenbar obwaltende Nebenabsicht, die Eisenbahner zu spalten, ihren Zweck keineswegs erreichen wird.

Demokratie und die russischen Gewerkschaften.

(RSD.) Die Selbstverwaltung, die Demokratie ist das grundlegende Organisationsprinzip einer jeden gesunden Gewerkschaftsbewegung. In Rußland sieht es in dieser Hinsicht sehr sonderbar aus. Formell werden zwar auch hier die gewerkschaftlichen Organe gewählt, wenn auch durch offene Stimmgabe, die es insbesondere unter dem strengen kommunistischen Regiment unmöglich macht, daß der Wille der Wähler bei den Wahlen frei zum Ausdruck gelangt. Aber selbst die so gewählten Gewerkschaftsfunktionäre werden von den ihnen übergeordneten gewerkschaftlichen Organen nach unbeschränktem Ermessen einfach ohne Wahlen von einem Ort zum anderen „versetzt“, so daß es eine normale Erscheinung ist, daß in einem Betriebsrat, in einer Ortsverwaltung usw. neben den Gewählten auch die nicht-gewählten, „versetzten“ oder „looptierten“ Mitglieder sitzen und Stimme haben. Dieses System vernichtet in den Organen der Gewerkschaftsbewegung das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Arbeitermassen und erzieht die Gewerkschaftsfunktionäre im trammenden Gehorsam gegenüber der gewerkschaftlichen Obrigkeit und letzten Endes gegenüber der herrschenden kommunistischen Partei. Die Verzerrung des Wesens der Gewerkschaften durch solche Praktiken ist so ungeheuerlich, daß schließlich selbst die kommunistischen Führer der russischen Gewerkschaften diese „Auswüchse“ kritisieren müssen. In dem „Trud“ vom 16. August wendet sich der Sekretär des Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrats, Meinitshanski, gegen die Praxis der „Versetzungen“:

„Bei uns ist in der Praxis eine solche Lage geschaffen worden, daß man sich in fast allen leitenden Zentral- und Gouvernementsinstanzen der Gewerkschaften damit befleißigt, die gewählten Funktionäre von einem Ort zum anderen zu versetzen. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften tun das mit den Mitgliedern der örtlichen Vorstände, der Allrussischen Gewerkschaftsrat mit den Gouvernementsräten, die örtlichen Vorstände der Gewerkschaften mit den Betriebsräten. Fast jeden Tag wechselt irgendein Zentralkomitee den Bestand der örtlichen leitenden Instanzen. Es holt aus einem Gouvernement den Vorherrschenden oder einen anderen gewählten Funktionär, sendet ihn an einen anderen Ort, von wo es wiederum Ersatz für den ersten heranzieht. Dies geschieht nach vor Ablauf der Frist, für die der betreffende Kollege gewählt ist. Regelmäßige Erscheinungen spielen sich innerhalb des Gouvernements mit den Betriebsräten ab.“

Anfolge dieser Praxis sind bei uns ganze Kadern von Gewerkschaftsfunktionären entstanden, die periodisch von einem Ort zum anderen geworfen werden. Diese Praxis nützt Sorglosigkeit und Verant-

wortungslosigkeit gegenüber den zu erfüllenden Funktionen wie auch den Wählern, den Mitgliedern der Verbände, sie schafft eine Psychologie der Unabhängigkeit von der Mitgliederklasse. „Was soll ich mich“ — heißt es — „um die Meinung der Mitglieder kümmern; mich hat der Zentralvorstand hergeschickt und mir gleichzeitig versprochen, mich nach einem Jahr wieder fortzuschicken.“ Diese Psychologie ist die schädlichste, gegen sie muß entschieden angeämpft werden.“

Es handelt sich hier also keineswegs um gelegentliche Verfehlungen, die im Interesse der Organisation und im gegenseitigen Einverständnis erfolgen, sondern um ein System, gegen das der einzelne Angestellte machtlos ist. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, der nicht ganz so tanzt, wie von oben gepiffen wird, muß gewärtig sein, strafversetzt zu werden. Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen die Regierungspolitik vertreten, ohne Rücksicht darauf, ob sie im gegebenen Falle den Interessen der Mitglieder gerecht wird oder nicht.

Wo der Zwang in solchem Maße herrscht, hat die Freiheit keinen Raum, kann die Rede nicht sein von Demokratie, von Selbstverwaltung, Selbstbestimmung oder auch nur von Mitbestimmung. Die Arbeitermassen in den russischen Gewerkschaften sind rechtlos.

Die Mißstimmung der Reichsarbeiter.

In einer stark besuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am Dienstagabend im Lehrereisenhaus berichtete Stetter vom Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes über die mit dem Reichsfinanzministerium gepflogenen Lohnverhandlungen. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen sowie über die Scheinargumente, mit denen die Regierungsvertreter ihren ablehnenden Standpunkt begründeten, haben wir bereits berichtet.

In der regen Diskussion wurde das Verhalten der Regierung scharf kritisiert und als eine Herausforderung der Reichs- und Staatsarbeiter aufgefaßt. Das Reichsfinanzministerium müßte eigentlich selbst wissen, daß man die Arbeitsfreudigkeit der Reichsarbeiter nicht mit der in Aussicht gestellten „Preislenkungsoktion“ heben kann, von der sich die Regierung wohl selbst keinen Erfolg verspricht. Jedensfalls sind die Verammelten nicht länger gewillt, für Löhne zu arbeiten, die weit hinter denen der Industrie zurückstehen. Die Stimmung der Versammlung wird am besten gekennzeichnet durch folgende einstimmig angenommene Entschliessung:

„Die heutige Versammlung beauftragt den Vorstand, falls es bei der Lohn- oder Kost zum Kampf, also Arbeits-einstellung kommt, die Berliner Mitglieder sofort zusammenzuberufen, um Stellung zu nehmen zur Arbeitseinstellung.“

Lohnbewegung der Baukempner und Rohrleger.

In der Versammlung der Baukempner am Dienstag berichtete Dietrich vom Metallarbeiterverband über den Stand der Lohnbewegung. Der letzte Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Spitzenlohnes auf 1,35 M. vorsch. war von den Baukempnern angenommen, von den Rohrlegern, die ebenfalls Tarifkontraktanten sind, aber abgelehnt worden. Ebenso hatten die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt. Die Baukempner hatten nun ihre Branchenkommission beauftragt, die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsspruchs zu beantragen. Als bei diesen Verhandlungen die Rohrleger, die an den Verhandlungen beteiligt waren, erklärten, daß sie nunmehr auch für die Annahme des Schiedsspruchs seien, erklärten das die Unternehmer für eine Veränderung der Situation, worüber sie erst mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen müßten. In dieser Besprechung der Unternehmer, die am Montag stattfand, wurde beschlossen, noch einmal zu verhandeln. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird eine erneute Vollversammlung endgültig Stellung nehmen.

Fortdauer des Bauarbeiterstreiks in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 2. September. (M.) Die im Reichsarbeitsministerium zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflogenen Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreiks im Baugewerbe hatten bekanntlich vor einigen Tagen zu einer Einigung geführt. Man einigte sich auf eine generelle Erhöhung der Stundenlöhne, die in Sachsen-Anhalt fortan für die gelernten Bauarbeiter 1,05 M. betragen sollten. Vorgesetern fanden in allen Orten des von der Lohnbewegung betroffenen Gebietes Regionalabstimmungen der Bauarbeiter statt. In Magdeburg stimmten 1040 Maurer gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Nur 137 Arbeiter erklärten sich zur Annahme der Einigungsvorschläge bereit. Der Streik der Bauarbeiter wird also in Magdeburg fortauern. Ablehnende Abstimmungsergebnisse werden ferner aus Halberstadt, Dessau, Zeitz, Weißenfels, Bitterfeld und Wernigerode gemeldet. In Halle, Stendal und Merseburg ist die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen worden.

Kampfstimmung der Eisenbahner.

Eiberfeld, 2. September. (M.) Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in Eiberfeld berufen, um zu der Gehalts- und Lohnbewegung Stellung zu nehmen. In einem Rundschreiben wird erklärt, daß die vereinzelt vorgeschlagenen Lohnerhöhungen zu niedrig seien, und daß die Eisenbahner gegebenenfalls bereit seien, auch vom letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch zu machen.

Schiedsspruch in der Bochumer Metallindustrie.

Bochum, 2. September. (M.) Unter dem Vorsitz von Dr. Bäder fanden in Bochum Lohnverhandlungen für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe über einen Ortsarif für den Bochumer Bezirk statt. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden und blieben ergebnislos. Die Arbeiter verlangten für die einzelnen Gruppen folgende Stundenlöhne: Ungelernte Arbeiter 50 Pf., gelernte Arbeiter 55 Pf., gelernte Facharbeiter 62 Pf., Facharbeiter 70 Pf., Spezialarbeiter 74 Pf., Spezialfacharbeiter 78 Pf. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärten, diese Löhne nicht zahlen zu können. Da keine Einigung zustande kam, fällt der Schlichter einen Schiedsspruch zugunsten der Ar-

beitnehmer. Die Erklärungsfrist für beide Teile läuft bis zum 5. September, mittags 12 Uhr. Bezüglich der Arbeitszeit kam eine Einigung dahin zustande, daß die bisherige Arbeitszeit mit sechs-wöchentlicher Kündigungsfrist für beide Teile fortbesteht.

Der Streik bei der Firma Riedel u. G. ist abgebrochen worden. Nachdem bereits über hundert Kollegen in Arbeit standen, verhandelte die Streikleitung mit der Firma, die die Zusicherung gab, daß die Streikenden nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten wieder eingestellt werden sollen. Die Firma hält es jedoch für angebracht, Maßregelungen vorzunehmen. Ob dadurch das Arbeitsverhältnis in der Zukunft gebessert wird, ist sehr zu bezweifeln. Die Belgischheit dankt allen, die sie durch Sammlungen während des Streiks unterstützt haben.

Wirtschaft

Wachsende Arbeitslosigkeit in Berlin.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse findet mehr und mehr in Betriebseinschränkungen und Stilllegungen ihren Niederschlag. Die Arbeitsmarktlage hat demgemäß weiterhin im allgemeinen eine Verschlechterung erfahren. Dieses tritt sowohl in dem Nachlassen der Anforderung von Arbeitskräften als auch in der steigenden Zahl der bei den Arbeitsnachweiser eingetragenen Arbeitsuchenden in Erscheinung. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist allein in der Berichtswoche um rund 2700 gestiegen, was auch aus nachstehender Zahlenübersicht hervorgeht. Von der Steigerung der Arbeitslosigkeit werden in fast gleichem Maßstabe männliche Facharbeiter und ungelernete Arbeiter erfaßt. Nur bei den weiblichen und jugendlichen Kräften ist der Zugang Arbeitsuchender nicht in diesem Maßstabe vorhanden. Mit Rücksicht auf die steigende Zahl der Konkursmeldungen und die Stellung der Betriebe unter Geschäftsaufsicht muß angenommen werden, daß mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit im allgemeinen und ebenfalls bei dem schon bereits seit einiger Zeit darniederliegenden Stellenmarkt für Angestellte zu rechnen sein dürfte.

Es waren 47 433 Personen bei den Arbeitsnachweiser eingetragen, gegen 44 743 der Vorwoche. Darunter befanden sich 35 971 (33 275) männliche und 11 467 (11 468) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 12 261 (11 827) männliche und 2534 (2398) weibliche, insgesamt 14 795 (14 225) Personen, davon bei Notstandsarbeiten beschäftigt 1735. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 13 gegen 8 der Vorwoche.

Baldige Aufnahme der synthetischen Oelfabrikation im großen?

Bekanntlich ist das Berginverfahren zur Gewinnung von Del auf synthetischem Wege aus Kohle von der wissenschaftlichen Chemie nunmehr zur Auswertung der technischen Chemie übergeben worden. Die Mannheimer Versuchsanlage ist, wie schon berichtet worden, zur technischen Ausgestaltung des Prozesses nicht ausreichend. Es wird nun im Waldenburger Bezirk durch den dortigen Industriellen Dr. Gärtner, der sich frühzeitig eine Lizenz auf dieses Verfahren erworben hatte, eine Fabrik errichtet werden.

Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ hört, sind die Vorarbeiten soweit fortgeschritten, daß nunmehr mit dem Bau der dortigen Fabrik begonnen werden kann. Die Kosten dieser Anlage beziffern sich auf ca. 5 Millionen M. Zur Bereitstellung dieser Mittel hat sich der Preussische Staat mit einem entsprechenden Kredit beteiligt. Man rechnet damit, daß das dortige Werk bereits Anfang nächsten Jahres seine Tätigkeit aufnehmen wird. Andererseits besteht seitens eines westfälischen Industriellen die Absicht, gleichzeitig im dortigen Kohlenbezirk eine ähnliche Anlage zu bauen. Daß der Preussische Staat das Waldenburger Projekt unterstützt hat, hängt damit zusammen, daß man dem augenblicklichen sehr notleidenden niederschlesischen Kohlenbezirk besonders zu Hilfe kommen möchte und andererseits bei der großen Bedeutung dieses Verfahrens einen gewissen Einfluß sich sichern wollte.

Einschränkung des Ausstellungswezens — Magdeburg sagt die Textilausstellung ab.

Die Tatsache, daß durch die augenblickliche wirtschaftliche Lage verschiedene Firmen der Textilbranche, die eine Beschädigung der dritten Textilausstellung zugelassen hatten, gezwungen wurden, von einer Beteiligung an der Herbstausstellung Abstand zu nehmen, hat die Ausstellungsgesellschaft der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft m. b. H. im Einvernehmen mit der Textilausstellung G. m. b. H. veranlaßt, die geplante Textilausstellung nicht zu veranstalten, da der Zweck, den Einzelhändlern ein möglichst lückenloses Bild über die Einfuhrmöglichkeiten für den Herbstbedarf zu geben, nicht voll erreicht werden würde. Es wird aber darauf hingewiesen, daß dieser aus der Not der wirtschaftlichen Verhältnisse geborene Entschluß keineswegs einen Bruch mit dem Gedanken einer künftig wiederkehrenden Textilausstellung in Magdeburg bedeute, vielmehr bleibt die Hoffnung, daß die Frühjahrsausstellung 1926 wird durchgeführt werden können.

Aus der Partei.

Die „Codjer Volkszeitung“, das Organ der ehemaligen „Deutschen Arbeitspartei“, die sich vor kurzem mit der deutschen Sozialdemokratie Polens vereinigt hat, erscheint seit dem 1. d. Monats täglich. Wir wünschen unserem Bruderblatt in dem stark deutschdurchsehten polnischen Randgebiet volles Gedeihen und günstige Weiterentwicklung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Ehrhard; Kultur: Dr. John Schlimowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöde; Familien in Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1

Es ist jetzt Zeit, mit künstlichen Höhensonnenbädern zu beginnen.

Die Kuren in den Heilbädern und an der See sind nun mit mehr oder weniger Erfolg beendet. Die Aufgabe besteht jetzt darin, die erzielten Erfolge zu erhalten oder zu ergänzen. Dazu eignen sich am besten die Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne (Quarzlicht) gegebenenfalls in Verbindung mit andern elektrophysikalischen Heilmitteln wie Diathermie, Hochfrequenz und andern. Wir lesen ja häufig in den der Medizin gewidmeten Spalten der Tageszeitungen, wie an-

gesehene Ärzte über die Wunderwirkungen der Sonnenkuren berichten, besonders bei chronischen, oft schon viele Jahre bestehenden Krankheiten, über große Erfolge bei Kinderkrankheiten, Frauenleiden, Nervenkrankungen, inneren Leiden, zur Verbesserung des Blutes, des Stoffwechsels, zur Herabsetzung des Blutdruckes usw. — Es dürfte wenig Krankheiten geben, auf die die Bestrahlungen nicht günstig einwirken. Aber auch Gesunde sollen im Winter zur Erhaltung ihrer Gesundheit mindestens wöchentlich ein Sonnenbad nehmen. Wer auf seine äußere Erscheinung besonderen Wert legt, nimmt die Be-

strahlungen auch als Schönheitsmittel zur Erzielung einer frischen, gebräunten Haut, zur Enttarnung von Hautunreinigkeiten und zur Beförderung des Haarwuchses. — Es ist nun aber nicht einzeln, wo man sich bestrahlen läßt. Es gibt leider so viele Unversene, die, ohne etwas davon zu verstehen, Bestrahlungen ausführen und durch unsachgemäße Behandlung mehr Schaden wie Nutzen stiften, ja sogar schmerzhaft Verbrennungen verursachen und so vor weiteren Behandlungen abreden. Man lasse also die Bestrahlungen nur in einem absolut zuverlässigen Institut ausführen, auch wenn es etwas weiter abgelegen

ist. Berlin besitzt die erste und größte Anstalt Deutschlands, das Höhensonnenbad Altis, Bellevue-Platz 6a, dessen Direktor durch seine vollständigen Abhandlungen den Lesern der Tageszeitungen bekannt ist. Die Preise in dieser Anstalt sind überdies so mäßig, daß sich jeder eine Höhensonnenkur leisten kann, und viele Kranke verzichten zum Vorteile ihrer Gesundheit und ihres Geldbeutels auf den Besuch eines Heilbades und machen dafür eine Kur im Höhensonnenbad „Altis“, das außer seinen 20 künstlichen Höhensonnen auch alle anderen neuesten elektrophysikalischen Heilapparate besitzt.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1108
Fillale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen — Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Teilzahlung
Elegante Herrenbekleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung
Kontroll-Maßanzüge von M. 90 an
Gummimäntel u. Ledermäntel
Julius Fabian Maßschneiderei
Gr. Frankfurter Str. 37 nur 2. Etage

Strampelpianos
über 100
normale Preismet
Paul Golletz.
normaler Natur New
Mariannenstr. 3
Trotz Reparatur 108 90

MÖBEL
Reklameangebote, erstklassige Fabrikate.
Auf Wunsch Teilzahlung ohne Preisaufschlag
Kompl. Schlafzimmer M. 450.- 550.- 600.- usw.
Speisezimmer . 450.- 540.- 650.-
Herrenzimmer . 475.- 545.- 625.-
Küchen und Einzelmöbel besonders preiswert
Möbelhaus Gottlieb
nur Rosenthaler Straße 54.
Ger. 1875

Dezimalwagen
Feinwaag., Gewichte,
Kilogramm, Gramm, Liter
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
im Lössendamm
Kleine Schaufenster-
Beläge, dafür Preis-
wertl. billiger Preise

Adolf Hoffmann
Episoden und
Zwischenrufe
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Votta 3 Plennig
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.